

Correspondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pi., monatlich 22 Pi., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungszeit: Dienstag, Donnerstag und Samstag. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. August 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinterräte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 91

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Fünfzigjähriges Bestehen des Gaus Oberrein. — Zur Weltpapiernot der Zeitungen. — Einzelheiten über die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Einladung zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern. — Wohnungsnot — Mietpreisstreitkrieg.

Korrespondenzen: Kaiserstaaten (M.-S.). — Potsdam.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. — Ferien! — Anmeldungen zu den Gewerkschaftsversammlungen in Berlin. — Treibriemensiedlungsstahl aus einer Druckerei. — Brockenfällungen. — Der Arbeitsmarkt im Juni 1917. — Industrieklus aus Oldenland. — Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig. — Ein Buchpreis von 1823 Prog.

Bilanz des Verbandshässlers vom ersten Quartal 1917.

Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Juni 1917.

Fünfzigjähriges Bestehen des Gaus Oberrein

Schöne Stunden waren es, die vor zehn Jahren eine städtische Anzahl von Kollegen aus dem Gau selbst und den angrenzenden Gauen zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Gaus Oberrein, verbunden mit dem ersten Badenerstag, in der lieblichen Breisgaupre vereinigte, und gar viele waren darunter, welche den bewährten Steuermann unsres Verbandschiffes, Kollegen Döblin, zum ersten Male sahen und hörten, als er die siesen Eindruck hinterlassende Festrede hielt. Vehf donnern die Geschühe aus dem nahen Elsah, und feindliche Flieger kreisen über der Stadt, Tod und Verderben über dieselbe herabsendend. Mancher der dem Feste damals bewohnenden Kollegen muß nun draußen auf den Schlachtfeldern in blutiger Arbeit die „Fortschritte“ christlicher Kultur dokumentieren, gar viele ruhen auch schon in fremder Erde!

Diese Tatsache, der unselige Krieg, bestimmt uns auch, von jedweder Feier des fünfzigjährigen Bestehens vorderhand Abstand zu nehmen und für kommende Seiten zu verfagen. Um das Jubiläum jedoch nicht ganz unerwähnt zu lassen, haben wir unsrer Mitgliedern im Gau bereits Mitteilung hier von im Jahresbericht gemacht. Der weiteren Kollegenschaft geben wir einige kurze Auszeichnungen zur Kenntnis, gleich den bereits im „Korr.“ mit ihren fünfzigjährigen Jubiläen erwähnten Gauen Schlesien, Württemberg und Rheinland-Westfalen.

Im Jahre 1867 erging von dem damaligen Vorstand des Deutschen Buchdruckerbandes, Geistel, der Vorschlag an die Kollegen bzw. die „Typographia“ Freiburg, die Gründung eines Zweigvereins des Verbandes mit dem Vorort Freiburg in die Wege zu leiten, welchem Vorschlag denn auch nachgekommen wurde, indem unsrer 4. August 1867 im „Korr.“ ein Aufruf an die Kollegen erging, von den Kollegen J. Hölle, F. Prieznik, R. Kämmerer, L. Grockmann, S. Gerbers und C. Michaelis unterschrieben.

Der erste, am 28. Juli 1868 in Freiburg stattgehabte oberrheinische Buchdruckertag beschäftigte sich in gründlicher Weise mit dem Erfolge dieses Aufrufs, und konnte der Vorlesung davon Mitteilung machen, daß nach Bekanntgabe dieses Aufrufs die Kollegen von Lörrach, Waldshut, Radolfzell, Konstanz, Bühl, Breslau und Bruchsal ihren Beifall erklärt hatten, denen im Jahre 1868 noch die Kollegen von Lahr, Säckingen, Mosbach, Schwenningen und Billingen folgten. Der Beitrag, den die Mitglieder des neuengründeten oberrheinischen Verbandes zu entrichten hatten, betrug 10 Kreuzer pro Woche.

Unter den der Gauvereinigung angeschlossenen Orten fehlte noch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, aber auf dem vierten oberrheinischen Gau in Lahr im Jahre 1872 finden wir Karlsruhe mit Mitgliedern in Baden-Baden, Bruchsal, Breslau, Rastatt und Ettlingen durch fünf Delegierte vertreten. Durch weiteren Hinzutritt der Kollegen in Kehl, Emmendingen, Waldkirch, Billingen, Schopfheim und Stockach stieg die Mitgliederzahl des Gauverbandes auf 80.

Im Jahre 1877 hatte der Gau erst 96 Mitglieder, nachdem er im Jahre 1873 von 203 auf 88 fiel; eine Folge der Ausperrungssaffäre. Der damalige Verbandsvorstand entsandte den Kollegen Didolph (Stuttgart) zur Gewinnung neuer Mitglieder nach Freiburg, wobei er auch auf dem dort stattfindenden Gaustag „Über das verschlossene Verbandsjahr, gegenwärtige Lage und nächste Ziele des Verbandes“ sprach. Von da an stieg die Mitgliederzahl etwas rascher; sie betrug 1881: 260, 1891: 360, 1896: 468, 1902: 832, 1904: 962 und 1914: 1438. Nun gebot der Weltkrieg ein Halt.

Selbstredend hatte auch der Gau in dieser langen Zeit manche Fährllichkeit zu bestehen, manche Klappe zu umschiffen; aber er schritt rüdig weiter im Aufstieg, und nur der Krieg ließ auch diesem ein Ziel, doch nur zeitlich. Wir werden nach demselben emsig weiterarbeiten.

Der Gau verzeichnete in den 50 Jahren seines Bestehens vierzehn Vorsteher, von welchen der erste, Kollege Prieznik, erst im Januar d. J. im hohen Alter von 86 Jahren das Zeitschiff segnete, und dessen gegenwärtiger, Kollege Lindenlaub, seit 1904 amtiert. Die Gaukasse verwalteten innerhalb dieser Zeit sechs Kassierer, von welchen der in den Jahren 1869—1884 amtierende Kollege Leber noch als eifriger Versammlungsbetreuer selbst im Zwischenstand unter uns weilt und dessen vierter Nachfolger, Kollege Friedrich, seit dem Jahre 1899 als Kassierer sein Amt verfüht.

Wir schließen diese Aufzeichnungen mit dem aus tiefstem Herzen kommenden Wunsche, daß nun bald der so heiserhnte Frieden kommen möge, und daß dann unser, so hoffen wir, besseren Lebensbedingungen der Tag kommen wird, an dem wir, wieder vereint mit den Kollegen, die jahrelang draußen vor dem Feinde standen, in würdiger und schöner Weise ein Fest feiern können, das wiederum dazu beitragen wird, die Liebe und Unabhängigkeit zur Organisation zu kräftigen und zu stärken. Es soll werden ein Dankfest nach glücklich überstandener Not und Gefahr und ein Jubelfest zu Ehren unsres schönen Verbandes, von dem wir einen bescheidenen Teil bilden.

K. L.

Zur Weltpapiernot der Zeitungen

In den verbreitesten Berliner und auswärtigen Zeitungen kann man jetzt fast täglich die Mitteilung an die Leser finden, daß die Papiernot Verleger zwinge, Anzeigen zurückzustellen, und es ist bekannt, daß die Verbindung der großstädtischen Zeitungen sich mit einer Bekanntmachung an ihre Leser wandte, in der sie darauf hinwies, daß sie infolge der knappen Papiervorräte gezwungen seien, ihre Publikationen einzuschränken. Die Papiernot hat ja auch bereits Anlaß zu Interpellationen im Parlament gegeben, ohne daß bisher wirksame Abhilfe geschaffen wäre. Selbst der nachdrückliche Hinweis auf die Wichtigkeit der Zeitungen für die Kriegsführung konnte nichts daran ändern.

Da dürfte es denn nicht ohne Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß im Zeitungsgewerbe schon in den Jahren vor dem Kriege sich ein empfindlicher Mangel an Zellulose bemerkbar zu machen begann. Dieser Mangel war teils auf den stark zunehmenden Papierverbrauch für den Rotationsdruck, teils auf die stark schwundende Holzmasse in den hauptsächlich zellulosefabrizierenden Ländern zurückzuführen. Bei Beginn dieses Jahrhunderts waren die weitausgedehnten Kiefernwaldungen im Hinterlande des Mississippi gleichst mit 1100 amerikanischen Firmen, die das Papier für die Zeitungen in den Vereinigten Staaten herstellten, und von fernren Gegenden rückte sich der Blick auf die schwedischen Nadelwälder, die bis vor fünf bis sechs Jahren für Südamerika den größten Teil des erforderlichen Zeitungspapiers lieferten. Die Preise begannen langsam in die Höhe zu gehen, und schon damals erschien die Zeit nicht fern, in der die Frage der Einschränkung des Umfangs der Zeitungen brennend wurde. Seht ist es so weit, daß diese Frage in ganz Europa Bedeutung erlangt hat und eifrig erörtert wird.

Für England und Frankreich ist unter diesen Umständen besonders entscheidend, daß die Frachten die schwedische Zelluloseausfuhr erheblich verfeuern, und daß die U-Bootgefahr die Zufuhren arg einschränkt. So erklärt sich die lebhafte Erscheinung, daß große französische Zeitungen, z. B. der „Figaro“, auf zwei Seiten zusammengezrumpft sind (ständig! Red.) und andre französische Blätter ohne Umschreite er scheinen müssen. Der Großverkauf der Zeitungen ist eingeschränkt. Belege werden nicht mehr gegeben, und Blätter, die zweimal täglich erscheinen, kommen jetzt nur einmal heraus. In England, wo die Papierpreise um mehr als 300 Prog. gestiegen sind, mußte sich „Daily Mail“ in vier Tagen der Woche auf sechs Seiten beschränken. Auf diese Art darf der Verlag dieses Blattes allein 240 Tonnen Papier im Jahr. Andere Blätter in London, z. B. die „Times“, haben ihre Preise verdoppelt, „Daily Telegraph“ die Anzeigengebühren erhöht, den Umsatz reduziert und dadurch ihren Papierverbrauch herabgelebt. Da die großen Londoner Blätter in der Regel Eigentum reicher Leute oder kapitalstarker Gesellschaften sind, brechen sie nicht unter dem ökonomischen Niedergang zusammen, aber sie arbeiten doch gegenwärtig sämtlich mit bedeutenden Verlusten.

In den mitteleuropäischen Ländern ist Ungarn das Land, wo der Papiermangel besonders fühlbar hervorbringt. Das liegt daran, daß Ungarn mit seinen Kiefernwaldungen in Siebenbürgen seltsamerweise nur zwei Papierfabriken besitzt, die aber nicht Zeitungspapier liefern. Bedeutende ungarische Blätter, wie „Az Est“, sind von sechzehn auf vier Seiten reduziert, und die Umschreite ist von 4 Heller auf 1 Krone pro Wort (pro Wort oder Seite? Red.) erhöht worden. Überdies hat das Blatt seine Tageszeit fast ganz wegfallen lassen.

Deutschland, das über Kiefernwaldungen verfügt, ist wohl das einzige Land in Europa, auf das der Krieg noch am wenigsten Einfluß hatte in bezug auf die Herstellung von Rotationsdruckpapier (er ist u. E. mindestens gleich groß, Red.), zumal nicht ein so großer Holzmangel herrscht wie in andern Ländern. Deutschland hat auch in der Kriegszeit noch eine bedeutende Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier nach Österreich-Ungarn gehabt. Allerdings hat nun auch diese Ausfuhr eine Einschränkung erfahren müssen, die nicht zum mindesten durch den sinkenden Valutakurs beeinflußt wurde.

In Schweden hat das Verhalten der Presse in dieser für sie so wichtigen Frage sich in der Richtung entwickelet, daß die Zeitungsverleger sich schon zeitig veranlaßt haben, an die Regierung die Forderung zu stellen, ein Verbot der Ausfuhr von Zeitungspapier zu erlassen. Außerdem wurde in Verhandlungen mit den Papierfabriken eingetreten. Diese verpflichteten sich auch endlich dahingehend, daß sie in den Jahren 1916 und 1917 „neues Papier“ (d. h. für solche Blätter, mit denen sie keine laufenden Kontrakte hatten) für 25 Ore pro Kilo und Komplettierungspapier (für den Mehrverbrauch) für 30 Ore liefern.

Die laufenden Abschläge für 1916 wurden von Norwegen zu einem Preise von 20%, 5 Ore pro Kilogramm bestätigt.

Bis zum Ausbruch des Krieges hatten die Zeitungen in Dänemark, mit Ausnahme dererigen, die selbst eine Papierfabrik besitzen, einen Kontrakt mit den Vereinigten Papierfabriken auf Lieferung von Zeitungspapier. Der Preis war in Kopenhagen auf 20 Ore, in den Provinzen auf 22 Ore pro Kilo festgesetzt. Zwischen zwei so stark papierproduzierenden Ländern wie Schweden und Deutschland gelegen, waren die dänischen Papierfabriken in bezug auf ihre Pro-

duktion auf einen Zollschuh angewiesen, der 5½ Ore pro Kilo befrug und faktisch als ein Monopol anzusehen ist. Unter diesem Zollschuh und in Hinblick auf die abgeschlossenen Verträge war ein gutes Geschäft für die Vereinigten dänischen Papierfabriken die notwendige Folge. Das hat sich besonders während des Krieges gezeigt. Im Jahre 1916, das nicht nur in bezug auf Arbeitslöhne, sondern auch auf alle Rohstoffmaterialien gestiegerte Preise brachte, war die Beschäftigung der dänischen Papierfabriken die stärkste seit ihrem Bestehen. Die Fabriken, deren Aktienkapital 3½ Millionen Kronen beträgt, hatten eine Ausbeute von 16 Proz. die, mit den Dividenden der Freikästen zusammengezählt, eine Gesamtdividende von 25 Proz. verrechnen konnten. Aber die mangelnde Kohlenzufuhr kommt auch in der Produktion der dänischen Papierfabriken stark zum Ausdruck, und den weitverbreiteten dänischen Zeitungen droht gleichfalls eine Einschränkung infolge der geminderten Produktion an Zeitungspapier. Zunächst sind die Preise für dieses, wie in "Politiken" ausführlich dargelegt wurde, erheblich gestiegen. Bei Kriegsausbruch befrug der Preis 20 Ore, er stieg schnell auf 29, dann 34, 39, 44½ Ore pro Kilo. Der Preis für das Zeitungspapier ist also in Dänemark auf mehr als das Doppelte gestiegen. Daß diese Preissteigerung auf die Unkosten der Zeitungen von ganz erheblichem Einfluß sein müsse, ist ohne weiteres erklärlich, und es ist deshalb ver sucht worden, eine Verständigung mit den Papierfabriken zu erzielen. Das geschah besonders unter Hinweis darauf, daß die dänischen Zeitungen ihren Bedarf auch teilweise aus Schweden und Deutschland decken könnten, trotz des Zollschuhs. Denn Deutschland konnte Zeitungspapier von Flensburg für 28–30 Ore für das Kilo liefern, wozu noch Fracht und Zoll kommen, so daß das deutsche Papier sich immerhin noch billiger stellen würde. Die Einfuhr deutscher und schwedischer Zeitungspapiers hätte dabei für Dänemark noch besondere Bedeutung, da dieses Land bekanntlich keine Kohlengruben besitzt und in bezug auf die Versorgung mit Kohlen ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist. Eine Tonne Papier aber, die von den dänischen Papierfabriken hergestellt wird, kostet eine Tonne Kohlen. Bei der Kohlennot, die in den nordischen Ländern herrscht, ist es deshalb auch erklärlich, daß man einer groben Einfuhr von Zeitungspapier dadurch entgegenkommen will, indem der beabsichtigte Eingangszoll für dieses aufgegeben werden soll.

Ob allerdings Deutschland bei dem im eignen Lande herrschenden Papiermangel jetzt in der Lage sein würde, noch größere Mengen zu exportieren, erscheint fraglich (ist direkt ausgeschlossen). (Red.) Denn es hat sich gezeigt, daß von sämtlichen Schwierigkeiten, die der Krieg während des Krieges in allen Ländern erwuchsen, der Papiermangel die größte ist.

Berlin.

F. H.

Einzelheiten über die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

Im "Correspondenzblatt" der Generalkommision ist jetzt ein ausführlicher Bericht über diese Konferenz enthalten, von der wir in Nr. 87, einem Vorbericht entnommen, schon die Hauptpunkte gebracht haben: die Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags, die Stellungnahme zur inneren Neuordnung Deutschlands sowie den Einspruch gegen Verfügungen der Generalkommision des I. und VI. Armeekorps, die eine Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts in diesen Bezirken bedeuten.

Aus den Verhandlungen ist dann noch zu entnehmen: Der Geschäftsbericht der Generalkommision wurde in drei Referate eingeteilt. Legien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstfragen und A. Schmidt über die Ernährungsfragen.

Der Bericht Legiens erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeiterschreitariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreit und die Stellungnahme der Generalkommision dazu, über den Beifall der lehren zum "Roten Kreuz", über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührte. Einen vom Vorstand des Handlungsgesellenverbandes gegen die Haltung der Generalkommision gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommision nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften geschlossene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion wäre.

In den Debatten wurde über das Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Partei gesprochen und dann der Antrag des Handlungsgesellenverbandes gegen eine Stimme abgelehnt. (Etwas anderes konnte auch nicht möglich sein. Die Generalkommision als Zentralinstanz der Gewerkschaften kann gar nicht in Verbindung treten mit Gruppen, die von der politischen Zentralorganisation abgesplittet sind. Nach der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist jetzt von Bremen und Hamburg ausgehend, eine "Internationale Sozialistische Partei Deutschlands" in der Bildung begriffen. Ob diese Querstreiter damit sich erschöpft haben, ist noch fraglich; leisst sie jedoch, daß die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung dadurch mehr und mehr illusorisch und der daraus entstehende Schaden für die Gemeinschaft immer offensichtlicher wird. Die Generalkommision

müßte in logischer Folge des Vorstandsantrags der Handlungsgesellen jede Spaltungsgruppe anerkennen, was zu einem netten Tohuwabohu führen würde. Da es von denselben darauf angelegt ist, auch in den Gewerkschaften alles von oberst zu unterst zu kehren, so gebietet sich über dies nur ablehnende Stellungnahme.) Über die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaftsströmungen und den Angestelltenverbänden, die politische Streikpropaganda, die Durchlegung der Konferenzprotokolle, die allseitig für notwendig erachtete Neuordnung der Geschäfte der Angestellten in der Generalkommision wurde ebenfalls gesprochen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Übergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzurichten, wurde der Generalkommision zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommision mit den zuständigen Reichsleitung für Übergangswirtschaft über die Zugabe von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörpern (Industrie- und Gewerbeverbänden) verhandeln.

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstfragen behandelte die Befreiungen vom Hilfsdienst, die Auschlußwahlen und die Bestrebungen der Gelben, in die Auschüsse hineinzulangen, sowie die leidherigen Erfahrungen aus der Wirksamkeit des Hilfsdienstgelebes (Vorhören, Beschäftigung und Organisation der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Versammlungsrecht und Beschwerden). Ferner wurde gegen einen Erlass des Kriegsamt, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommision beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von A. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Brotrationen eingetretene Phasen in der Volkernährung, wobei er der Überzeugung Ausdruck gab, daß der Brotdreitungs- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verlängerung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh veruracht sei. Er erörterte dann die Möglichkeiten der Gemüse- und Obstversorgung und die Bewirtschaftung der neuen Ernte sowie die Reglung der Kohlenverförgung.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeitersparteien aller Länder herbeizuführen sollte. Die Generalkommision hatte zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgesehene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeitersparteien Aufklärung und Verständnis für die wirkliche Haltung und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationale Verständigung ein einflußreicher Förderer erweckt wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommision mit der Partei sachlich angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auflösung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommision die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorstandskonferenz zur Beschlusshaltung unterfehlt mache. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommision wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschließen.

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrage der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. erberufen hat. Legien berichtete über die Konferenz in Stockholm und über die Vorgänge, die zur Einberufung einer neuen Konferenz in Bern führten. Die Vorstandskonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu beschließen. Dieser Konferenz soll eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrage bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen.

Gansson berichtete über diese Vorlage, daß eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds ein ähnliches Programm für die Gewerkschaften der Ententeländer aufgestellt habe, das nicht bloß große Lücken aufweise, sondern auch unzureichende Forderungen enthalte. In die Vorlage der Generalkommision seien nur allgemeine Forderungen aufgenommen worden, während die besonderen beruflichen Forderungen beim Internationalen Arbeitsamt in Basel, dem der Charakter einer internationalen öffentlich-rechtlichen Institution zugeschrieben ist, geltend gemacht werden sollten.

In der Diskussion wurde eine anderweitige Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt, sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Delegationskosten werden von der Generalkommision verursacht und auf die Gewerkschaften umgelegt. Die Konferenz wählt sieben Delegierte sowie Erwähnungen für diese und ermächtigte die Generalkommision, drei Delegierte zu entsenden.

Sodann unterbreitete der für die Neuordnung der Gehälter der Angestellten der Generalkommision eingelobte Ausschuß eine Vorlage, die von Leipzig eingehend begründet wurde. Er hob hervor, daß der Ausschuß sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Die Gehaltsvorläufe des Ausschusses wurden nach kurzer Debatte einstimmig bei zwei Stimmenabstimmungen angenommen.

Um die Arbeiterschreitariate in stärkerem Maße zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, wurde das Arbeiterschreitariat mit der Herausgabe einer geeigneten Agitationsschrift beauftragt.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorstandskonferenz veranlaßt durch die

Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der den Zweck verfolgt, die gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch diese selbst der Gesetzgebung gegenüber wie auch im Wirtschaftsleben zu wahren und Kameradschaft und Solidarität zu pflegen. Die Gründung des Bundes erfolgte aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahestehen, und im Gegensatz zu der auf der Essener Österreitigung geschlossenen Centralisation der Kriegsbeschädigten, die sich neuordnungs der kriegerischen Unterstüzung der Schwerindustrien erfreut und dazu aussehen scheint, die Gelben abzulösen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände hatten sich im April d. J. aus Anlaß der Essener Gründung gegen jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten erklärt und deren Interessenwahrung für die Gewerkschaften und deren Arbeiterschreitariate beansprucht. Zu einer Organisation der Kriegsteilnehmer hatten die Gewerkschaften selber noch nicht Stellung genommen; doch ist das Für und Wider in einem Teile der Gewerkschaftspreise lebhaft erörtert worden. Die Vorstandskonferenz entschied sich nach einer einleitenden Schilderung eines Vertreters der Bundesleitung, der die Umstände, die zur Gründung dieser Organisation führten, sowie die ihr von behördlicher Seite gemachten Schwierigkeiten schilderte, für einen Erfolg, wonach für diesen Bund das gleiche gilt, was von den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden in der Kundgebung vom 3. April 1917 gegenüber dem Essener Verbande der Kriegsbeschädigten gesagt worden ist. Zu dem Bunde könne er dann Stellung genommen werden, wenn dieser, unbeeinflußt durch Eingriffe der Behörden, seine ursprüngliche Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinigen, wird in Angriff nehmen kann.

Im weiteren stimmte die Konferenz dem Anschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes an die Generalkommision zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streikbeiträgen nicht herangezogen werden; er ist, nachdem die ihm selber bereiteten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Reichskanzler aus dem Wege geräumt werden konnten, bereits zu einer erfreulichen Stärke herangewachsen und in besserer Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorsängerverband (Sib Mannheim) umfaßt etwa 2300 Mitglieder. Ferner stimmte die Konferenz dem Beitreite der Generalkommision zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur zu.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommision beauftragt, die Wirkungen des Übertrittsverbots (Mitgliederübernahme aus anderen Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz zu setzen.

Einberufung der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern

Gemäß der von der internationalen gewerkschaftlichen Konferenz in Stockholm am 8. Juni d. J. getroffenen Entscheidung hat nun die Leitung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen Einladung zum 1. Oktober nach Bern ergehen lassen. Die Tagesordnung soll die zwei Punkte umfassen: Konstitution und Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes; Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß.

Zum ersten Punkt erklärt die schweizerische Gewerkschaftsleitung, sie wisse nicht, in welcher Weise er erledigt werden solle. Die französische Gewerkschaftszentrale wünsche die Verlegung des Sitzes (heute Berlin) nach einem neutralen Land. Es solle ein Exklusivkomitee gebildet werden, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer umliegender Länder angehören. Dieses Komitee werde von der Konferenz zu wählen sein, habe deren Beschlüsse auszuführen und dem Sekretär Direktiven zu geben. Der internationale Sekretär Legien widerspricht einer Verlegung des internationalen Gewerkschaftsbüros jetzt, will die Konferenz aber daran nicht scheitern lassen.

Über den zweiten Punkt sind wir uns insofern nicht klar, als die vorliegende Verschiebung unterliegende Stockholmer Konferenz, die nun "bestimmt" am 9. September beginnen soll, bis zum 1. Oktober wohl beendigt sein dürfte.

Hervorzuheben ist die Bestimmung, daß die Behandlung politischer Fragen in Bern ausgeschlossen sein soll. Die schweizerische Gewerkschaftszentrale glaubt im Sinn aller Gewerkschaftler versichern zu können, "daß die Stellungnahme zum Frieden für uns von weitaus größerer Bedeutung ist. Das es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterschaft in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß, je imponanter die Konferenz sich gestaltet, je ehmülliger der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energetischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden".

Möge der beschiedene Anfang von Stockholm im Juni zu einer großen Aktion unter Befreiung aller Gewerkschaftszentralen in Bern werden!

Wohnungsnot – Mietpreistreiberei

Den Schuh der Mieter bezweckt eine Verordnung des Bundesrats vom 26. Juli 1917, die das Anrufen des Eingangsamts bzw. Errichtung von Mietseingangszäunen und das Verfahren vor diesen

Umern vorsieht. Ist nämlich im Bezirk einer Gemeinde- behörde ein Einigungsamt errichtet, so kann die Landes- zentralbehörde das Amt ermächtigen:

1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirklichkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen;
2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuhaben.

Die Erteilung der Ermächtigung ist von der Gemeinde- behörde in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

Leider haben bisher noch wenige Städte von der Errichtung von Mietsehützungsämtern Gebrauch gemacht, trotzdem bereits eine Verordnung vom 15. Dezember 1914 den Gemeinden die Ermächtigung zur Errichtung solcher Ämter gab. Nach der neusten Verordnung können nunmehr die Gemeinden durch die Landeszentralbehörden zur Errichtung von Einigungsämtern angehalten werden. Auch können deren Befugnisse einer andern Stelle übertragen werden.

Das Einigungsamt soll entscheiden in der Besetzung eines Vorstandes und mindestens zwei Beisitzern. Die Beisitzer sollen zur Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, zur andern Hälfte dem der Mieter angehören. Sehr wichtig ist, daß die Entscheidungen des Einigungsamts unanfechtbar sein sollen. Das Verfahren selbst ist gebührenfrei. Das Amt bestimmt, wer die bare Auslagen des Verfahrens zu fragen hat.

Hoffentlich machen die Landeszentralbehörden nun von der Ermächtigung — die Gemeinden zur Errichtung von Einigungsämtern anzuhalten — zum Schutze der Mieter ausgiebigen Gebrauch.

Die Bundesversetzung wurde in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation am 9. Juli im Reichstag durch den Staatssekretär Helferich als beweisend angekündigt. Ein Mangel daran ist, daß sie vor den Hypothekengehern halt macht. Wenn diese ohne Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse den Zinsfuß erhöhen, werden die Hausbesitzer bestrebt sein, die Mehrbelastung auf die Mieter zu übertragen. Die Schwierigkeiten hätten so mehr verringert werden können. Einen Vorschlag bedeutet der neue Mieterschutz dessempfängt. Auf dem zu Anfang dieser Woche in Hannover abgehaltenen Hausbesitzerfeste war man nicht sonderlich erbaut über diese gesetzliche Beischirmung des Mieters.

*

Grundlose Wohnungskündigungen.

Den Kieler Hausbesitzern ist es durch eine Gouvernementsverordnung verboten, den Mieter zu kündigen, wenn nicht ausreichende Gründe für die Kündigung vorliegen. Diese Verordnung wird aber nach der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ von den Hausbesitzern häufig übersehen. Da nun Kiel ein Mietsehützungsamt noch nicht hat, so befreit sich dort das Kriegsgericht ab und zu mit erfolgten Kündigungen.

In der Sitzung vom 23. Juli 1917 erklärte das außerordentliche Kriegsgericht wiederum vier Kündigungen von Wohnungen als grundlos erfolgt und verurteilte die Hausbesitzer zu Geldstrafen von 15, 20, 40 und 50 Mk. Eine Kündigung war sogar erfolgt, weil die Kinder der Mieterin gekrönt haben sollten während der Zeit, wo die Mutter Lebensmittel holte. Im fünften Falle wurde der Kündigunggrund als trügerisch angegeben. Der Hausbesitzer gab als Grund an, die Mieterin sei unverträglich. Nach ihrem Ausstreiten vor Gericht wurde das als erwiesen angenommen.

Hamburg.

M. Güldenberg.

schiedenes“ brachte innere Angelegenheiten. Als nächster Versammlungsort wurde Pirmasens in Vorschlag gebracht.

Potsdam. Am 22. Juli fand hier eine Sitzung der Ortsvereinsvorstände des Bezirks Potsdam statt. Nach den Punkten „Mitteilungen und Berichte der Delegierten“ kamen die Teuerungszulagen zur Sprache. Große Unzufriedenheit drückte jeder Delegierte in seinem Bericht aus über die zu geringe Teuerungszulage, denn es sei in dieser schweren Zeit kaum möglich, mit dem bis jetzt gezahlten Lohn einschließlich der leichten durchzukommen. Auch die in Nr. 62 im „Korr.“ veröffentlichte Resolution und deren Beantwortung in Nr. 63 unter „Marginalien“ kam zur Sprache. Da es einen jeden Verbandsvereins Pflicht sei, vorwärts zu streben und für das Wohl seiner Mitglieder zu sorgen und er zum mindesten doch kein Organ, den „Korr.“, als freie Stütze verlangen könne, wurde das Verhalten der Redaktion verurteilt und folgende Resolution gefasst: „Die am 22. Juli in Potsdam tagende Sitzung der Vorstände des Bezirks Potsdam verurteilt in entchiedener Weise die Art der Abfertigung eines Ortsvereins aus der „Provins“, welcher es wage, gegen die Zustände in der jetzt herrschenden Lebenshaltung, insbesondere über die „hohen“ Löhne der Buchdrucker Stellung zu nehmen; sie spricht der Redaktion das Recht, die Beschwerden der Kollegen in dieser Weise abzutun, vollständig ab, und glaubt dies auch im Interesse aller Provinzkollegen zu tun.“ (Wir können augenblicklich der Vater dieser Entrüstungsresolution nur annehmen, daß ihnen am 22. Juli nicht mehr gegenwärtig war, was wir am 5. Juni über die in einer Potsdamer Versammlung zum Ausdruck gekommene irrite Ausschaffung über Kündigung und Erhöhung der Grundpositionen an Stelle von Teuerungszulagen geschrieben haben, und zwar durchaus sachlich. Die Potsdamer Resolution in Nr. 62 hätte in dieser oder jener Beziehung schärfere Beleuchtung verdient; wir begnügten uns indes mit einer sachgenauen Auskündigung. Das ist unsre Pflicht, die wir in den Schlussartikeln der „Marginalien“ (Nr. 87 und 88) einer ganzen Anzahl von Mitgliedschaften gegenüber ebenso erfüllt haben, um eine Klärung der Ansichten herbeizuführen. Die Potsdamer Vorstandskonferenz scheint aber auf Unschärfe hinzu zu erheben, was durch ein großes Quantum von Annahme noch ungenießbar wird. „Auch im Interesse aller Provinzkollegen“ die Redaktion abzufosseln, ist dreist und gottesfürchtig, weil die Provinzkollegen außerhalb des Bezirks Potsdam gar nicht daran gedacht haben, dermaßen die Begriffe zu verwechseln. Wenn wir noch sagen, daß über die Urkundsfolge „Marginalien“ usw. von Provinzkollegen die meisten Zustimmungen eingegangen sind, dann wird wohl in Potsdam der Nebel von den Wassern zu weichen beginnen. Red.)

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisener Kreuz: Emil Ganzke (Berlin), Hubert Wolski (Bütow), Emil Middendorf (Elberfeld), Gerhard Derkis (Goch), Albert Ladenhain (Gießen), August Humburg (Kassel), Fritz Grünhäuser und Kronenberger (Mainz), Fritz Martin (Münster), Arthur Hildebrandt, Gustav Höneke und Heinrich Degenhardt (Recklinghausen). Damit haben bis jetzt 3898 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. In Straßburg i. E. sind die Buchdrucker als Schwerarbeiter anerkannt worden. Sie erhalten Zulahkarten für wöchentlich 1 Pfld. Brot.

Ferien! In Straßburg i. E. wurde den Gehilfen der Druckerei „Bürgerzeitung“, „Neueste Nachrichten“, „Neue Zeitung“, Schulz & Co. und Volksschuldruckerei ein Sommerurlaub von je drei Tagen gewährt; die Druckerei der „Straßburger Post“ fand es mit zwei Tagen für genügend. — Die Firma J. Keller & Co. in Dillingen a. D. hat, mit drei Tagen im zweiten Beschäftigungsjahr beginnend, einen Sommerurlaub eingeführt, der von Jahr zu Jahr um einen Tag sich erweitert, um von einer Woche im schlechtesten Jahr auf zehn Tage im günstigsten Jahr überzuspringen und damit das Maximum zu erreichen.

Anmeldungen zu den Gehilfeneprüfung in Berlin. Die im Oktober auslernenden Lehrlinge: Seher, Drucker, Stereotypeur, Galvanoplastiker und Stempelschreiber aus den Stadtwerken Berlin, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie den Landkreisen Teltow und Niederbarnim haben ihre Anmeldungen an den Vorständen des Prüfungsausschusses, Herrn Buchdruckereibesitzer Alfred Forsberg, in Firma L. Düringshofen, Berlin NO 18, Lichtenberger Straße 17, zu bewirken. Bei der Anmeldung sind einzufinden: ein selbstständig versahen und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformatpapier, eine Belehrung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währe, das Abgangszeugnis der Fach- oder einer Fortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 6 Mk. (bei Überwendung durch die Post Porto- und bestellgebührend).

Treibremendiebstahl aus einer Druckerei. Aus der Buchdruckerei und Papierwarenfabrik A. Kleefeldt in Gelsenkirchen wurden sämtliche Treibremen entwendet. Ihr Wert beläuft sich auf 6000 Mk.

Broschurenfälschungen. Auch unter den Steindruckern lassen sich Berufsgenossen verleiten, den gefährlichen Weg der Nachahmung von Lebensmittelkarten zu betreten. Die

schwere Not macht das entshuldbar, aber die zu gewährleistende Bestrafung ist doch die schlimmste Seite. So wurde jetzt in Nordhausen ein 63-jähriger Steindrucker zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; vier weibliche Personen erhielten wegen des Vertriebes der gefälschten Karten sechs, vier und eine Woche Gefängnis.

Der Arbeitsmarkt im Juni 1917. Die seit Monaten sehr lebhafte Tätigkeit im Bergbau und Hüttenbetriebe ist gegenüber dem Juni 1916 verschiedentlich noch eine Steigerung erfahren. Angestrengte Tätigkeit herrschte in der Eisen- und Metallindustrie wie im Maschinenbau. Die elektrische Industrie zeigte noch vermehrte Beschäftigung gegen das Vorjahr, gleichfalls die chemische Industrie. Teils Zunahme, teils Abnahme der Beschäftigung war das in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sich zeigende Bild. Auf dem Baumarkt ist die Lage im ganzen verändert. Bei den Arbeitsnachweisen war ein weiteres Sinken des Angebots der männlichen wie der weiblichen Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Auf 100 offene Stellen entfielen nur 47 Arbeitsuchende (53 im Mai) von männlichen Personen, von weiblichen 86, gegen 96 im Mai. Hamburg weicht am meisten von dem allgemeinen Bild ab. Dort ist die Nachfrage wie das Angebot weiblicher Arbeitskräfte größer geworden. Die Nachweizahlen der Krankenkassen ergeben eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 109405 oder 2,4 Proz. (im Mai 1,16 Zunahme), bei den weiblichen ist eine Steigerung von 0,16 Proz. (1,64 eingetreten).

Industrieklaus aus Ostdeutschland. An der Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben, die uns nach dem Kriege bevorstehen, will sich auch der deutsche Osten fakturig beteiligen. Zu diesem Zwecke haben sich in voriger Woche in Danzig Kommunen und Einzelpersonen zu einem Weichsel-Schiffahrtsverein zusammengeflossen. In Danzig soll ein großer Handelshafen geschaffen werden, der bis Plehnendorf und darüber hinaus reichen und als Endpunkt eines großen Wasserstraßennetzes eine Bedeutung erlangen soll, wie sie heute Hamburg hat. Geheimrat Ehlers prophezeite in einem Vortrag über die Binnenwasserstraßen des Ostens, daß zehn Jahre nach Fertigstellung dieser Straße bereits ein Güterverkehr von 20 Mill. Tonnen erreicht sein würde. In Danzig soll ferner eine ländliche Industrieausstellung geschaffen werden, um nach den großen Störungen, die der Krieg dem gesamten Handelsverkehr gebracht hat, den Handels- und Industriekreisen Westpreußens die Wiederaufnahme ihrer alten und die Anknüpfungen neuer Verbindungen zu erleichtern. Da es hier nicht so leicht wie in Breslau oder Köln möglich ist, durch periodisch wiederkehrende Messen den Strom der Einläufer zu bestimmten Zeiten herzuladen, soll den Käufern Gelegenheit gegeben werden, zu jeder Zeit und an einer Stelle einen Überblick zu gewinnen über die Erzeugnisse der westpreußischen Schiffbau-, Maschinen-, Möbel-, Papier-, Tabak- und Genussmittelindustrie u. a. m. zu geben.

Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig. Der „Heimatkant“ in Sachsen veranstaltet in der Zeit vom 11. August bis 8. September im „Kristallpalast“ zu Leipzig eine Ausstellung in größerem Stil. Ein reiche literarische Abteilung wird ihr angegliedert sein, worunter sich auch Doktorfestsitzungen über Kriegsbeschädigtenfürsorge von deutschen, österreichischen und schweizerischen Universitäten befinden sowie die Drucksachen und Formulare der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen in Deutschland.

Ein Wucherpreis von 1823 Proz. Ein Kaufmann Schwarzenberger in Chemnitz verharrte einen Posten Kunstsiede, den er mit 91 Pf. für das Kilogramm erstanden hatte, um 17,50 Mk. pro Kilo weiter. Das ist ein Zuschlag von nicht weniger als 1823 Proz. In einem andern Falle verdiente Schwarzenberger an schwedischer Kunstsiede „nur“ 92 Proz. Das Gericht sah den auch als Rennstallgeber bekannten Mann mit 6000 Mk. Geldstrafe nicht zu hart an. In Schwarzenberger kann Calwer, den das Wort Kriegswucher hysterisch gemacht hat, wieder einen Berlinner seiner Phantastereien erblicken.

Verschiedene Eingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Monatschrift für das graphische Kunstuwerke. Heft 6. 35. Jahrgang. Bezugspunkt halbjährlich in Deutschland 3,40 Mk. (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von W. Schneider & So. (Nachfolger von L. Kirchner-Engler), St. Gallen, St. Leonhardstrasse 6.

Zentralarchiv für die gesamte Zeitungspraxis. Herausgeber und Verleger Paul Freytag, Berlin-Südende, Stephanstr. 28.

Das Sozialstrafrecht der Organisationen im neuen Deutschland. II. Das Sozialstrafrecht und die kraftschaftlichen Neben- und Polizeigesetze. Heft 57 der „Schriften für Soziale Reform“. Herausgegeben vom Vorstand. Preis 80 Pf. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Mitteilungen der Buchdruckerei München. Dr. 6 der monatlichen „Schulmitteilungen“. Dritter Jahrgang. Jährlich für 250 Mk., mit Porto für 3,50 Mk. von der Geschäftsstelle München, Goethestraße 12 I, zu beziehen.

Die Geschichte einer verhüllten Ehe. Von Max Schmitz. Preis 2 Mk. Verlag Alfred Oskar Müller, Heilbronn a. N.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 14-17, 35. Jahrgang. 2. Band. Verlag von S. & W. Dieck Nach. in St. Pauli.

Die Kriegsgefangenen. Gedicht von Franz Albert Kannert. Preis 90 Pf. Verlag Emil Hesse, Leebenwerda.

Der Naturarzt. 34. Kriegsnummer. 45. Jahrgang. Erscheint am 1. jeden Monats. Preis jährlich 3 Mk. Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Goliathstraße 20.

Briefkasten.

D. D. in Ch. und S. M. in E. Empfang wird bestätigt; Versetzung bei nächster Gelegenheit. — D. S. in S.: Sachen, die erst am Montag, Mittwoch und Freitag für die Donnerstag-Sonntagszeitung erfasst werden, sollten bei größeren Entfernungen unter den gegenwärtigen ungenügenden Verbindungen und Auslieferungen als Ullbrief sandigt werden. Redaktions- und Abgangsblatt ist an den geschätzten Tagen mittags. Häufig erhalten wir dringende Sachen aber erst am Abend. Es müssen die Südwälder in Betrag gezogen werden. Auch Falschbefestigungen verursachen jetzt immer häufiger größere Verzögerungen. Bei Schluß dieser Nummer er-

halten wir z. B. die Mitteilung, daß ein von uns ordnungsgemäß abgesetzter Brief nach Berlin vier Tage gebraucht hat, bis er in die englischen Bände gelangte! — G. S. in B.: Als Buchdrucker sollen Sie wissen, daß der Verlag eines Blattes mit solchen Anfragen nichts zu tun hat; das ist doch nichts anderes als eine Briefschlafanfrage. Zudem war die Abreisezeit an den Verbandsvorstand als Verleger absolut ungünstig. Durch Versetzung von Berlin an die Redaktion ist nochmal Zeitverlust entstanden. Nun müssen wir erst Unterricht annehmen. Weiter: Wenn Sie noch einmal eine frankierter Antwort verlangen, wird die Marken verfallen, denn briefliche Illustration zu erzielen, kostet uns die Zeit. — D. G. in B.: Sehr wahrgenommen, aber viele verpassen sich dieser Einsicht. — G. S. in B.: Wird sehr aufmerksam; auch der andre Mensch findet herzlichstes Entgegenkommen. — R. G. in B.: Hamburg 23, Marienhöher Straße 118a. — G. S. in B.: Vielen Dank! — M. G. in Stettin: 2,30 Mk. — G. S. in Böhmisch: 1,85 Mk. — G. S. in Bonn: 3,35 Mk. — G. S. in Bayreuth: 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Clemensplatz 5 II.

Herausgeber: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Frankfurt-Hessen. Alle Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen G. Neus in Frankfurt a. M., Wallstraße 51 III, zu richten.

Adressenveränderungen.

Mannheim-Ludwigshafen a. Rh. (Maschinenmeisterklub) Vor-
sitzender: Joseph Engleit, Ludwigshafen a. Rh., Wallstraße 9 II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Bayern die Seher 1. Karl Dilger, geb. in Rieden 1900, ausgel. in Schenhausen 1916; 2. Konrad Kupfer, geb. in Allendorf 1898, ausgel. 1914; 3. Hans Schmidt, geb. in Südlengen 1899, ausgel. 1917; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Seif in München, Holzstraße 24 I.

Im Gau Berlin die Seher 1. Alfonso Drews, geb. in Pabianica 1897, ausgel. in Loda 1916; 2. Paul Gursch, geb. in Berlin 1895, ausgel. 1913; 3. Otto Hündsdorfer, geb. in Pöhlitz 1898, ausgel. 1916; 4. Oskar Gelenkiewicz, geb. in Loda 1899, ausgel. 1907; 5. Max Kalau, geb. in Młodz (Mr. Kalau, n. d.) 1899, ausgel. in Kalau 1916; 6. Adolf Königsberger, geb. in Schwäbisch-Aalen 1897, ausgel. in Meiningen 1915; 7. Herbert Krämer, geb. in Teuchern 1898, ausgel. in Soßen 1917;

2. Mar. Lierich, geb. in Freiburg i. Sch. 1883, ausgel. 1902; 9. Emil Maibaum, geb. in Schöneberg 1899, ausgel. in Siegburg 1917; 10. Samuel Parzentschewski, geb. in Görlitz 1915; 11. Paul Rebhfeld, geb. in Berlin 1899, ausgel. 1917; 12. Julius Mudtke, geb. in Berlin 1899, ausgel. in Berlin 1917; 13. Hermann Diechmann, geb. in Görlitz 1898, ausgel. in Breslau 1917; 15. Max Hampel, geb. in Berlin 1897, ausgel. 1916; 16. Karl Hügelmann, geb. in Chemnitz 1880, ausgel. 1917; 17. Hans Richard Hünger, geb. in Glowl (Schweiz) 1895, ausgel. in Berlin 1914; 19. Willi Sprinck, geb. in Gütersloh 1900, ausgel. in Berlin 1917; 20. der Stereopteuer Georg Böhrer, geb. in Berlin 1899, ausgel. 1917; waren noch nicht Mitglieder; der Seher 21. Ephraim Brunnwasser, geb. in Gernowitz 1876, ausgel. 1909; 22. Ewald Kühlmann, geb. in Jamada 1875, ausgel. in Ralbitz 1893; 23. Guido Febré, geb. in Berlin 1871, ausgel. 1889; 24. Günther Seifert, geb. in Berlin 1896, ausgel. 1914; 25. Franz Schmid, geb. in Berlin 1898, ausgel. in Baumgarten 1916; 27. der Maschinenmeister Karl Mündgen, geb. in Berlin 1888, ausgel. 1906; waren schon Mitglieder. — U. Majlitz in Berlin SO 16, Engelstraße 14/15.

Im Gau Rheinland-Pfalz 1. der Seher Bernhard Hejeler, geb. in Nordkirchen 1883, ausgel. in Legeleben (Solland) 1900; war schon Mitglied. 2. der Drucker Eduard Döhring, geb. in Münster i. W. 1898, ausgel. 1915; war noch nicht Mitglied. — Emil Abrecht in Köln, Gereonstraße 28.

Im Gau Ober der Drucker Albert Hesse, geb. in Briesen a. D. 1874; war schon Mitglied. — Gustav Reinke in Stettin, Turnerstraße 10.

Veranstaltungskalender.

Elberfeld. Versammlung Sonntag, den 12. August, vormittags 10½ Uhr, bei Witwe Saueropph, Bachstraße 92.
Erfurt. Versammlung Sonnabend, den 11. August, abends 8½ Uhr, im „Tivoli“.

Arbeitslosenunterstützung.

Gauverwaltung. Bericht vom Monat Juni 1917.

Auf der Reise: 4 unterstützungsberechtigte Mitglieder.

Am Ort: 77 Mitglieder.

Um Arbeitslosenlagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. Juni 1917

Einnahmen

Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Januar, Februar, März 1917

Ausgaben

	16	16		16	16
Auf Saldovorfrag vom 31. März 1917	11706602	16	Per Unterstützungen in den Gauen im 1. Quartal 1917, Verwaltung usw.	375291	60
„ Einkreisbegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1917,	546980	54	„ Saldovorfrag für 1. Juli 1917	11878291	10
„ Sinten usw.	12253582	70	Summa	12253582	70

Der Saldo von 11878291,10 Mk. setzt sich zusammen aus 11649606,85 Mk. in Werkpapieren, deren Umlaufswert 11551092 Mk. beträgt, 176560,70 Mk. in bar und 52123,55 Mk. Vorschuh in den Gauen.

Berlin, den 9. Juli 1917.

Vorsteher Abtschluß wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 23. Juli 1917.

Max Henninger, gerichtlicher Bücherrevisor
beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

Vorsteher Abtschluß ist revidiert, in gebühriger Ordnung befindet und der buchmäßige Tagesbestand von 270181,44 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 16. Juli 1917.

Gustav Eissler, Kassierer.

Die Revisionsskommission:
Ernst Gerlach, E. Gordian, J. V. Hans Pilz.

Maschinenmeister, Typograph- und Monotypezeher

Akzidenzzeher, Werkzeher

jedoch nur schwächer Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht.

Oscar Brandstetter, Leipzig.

Schriftzeher, Typographzeher und Maschinenmeister

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht

August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. 1303

Werk- und Akzidenzzeher sowie Linotypezeher

zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote erwünscht.

Wilhelm Greve, Königl. Hofbuchdruckerei, Berlin SW 68, Ritterstraße 50.

Zwei tüchtige Seher

für Insolite und Tabellen finden Dauerstellung.

„Röpenicker Tageblatt“, Röpenick.

Türkischen Seher

perscht, sucht sofort

Schriftzeher

der möglichst hierdurch zu können, in dauernde

Stellung gelingt. 1575

G. S. Bölkau, Buchdruckerei, Bochum.

Akzidenzzeher

und

Werkzeher

sucht sofort ein

Mönch & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1. 1609

Maschinenmeister

(auch Akzidenzinvaliden) sofort gesucht. 1611

G. Schürenberger, Zirberg (Schwarzwald).

Schriftzeher

möglichst mit schwächer Bogenanleger vertraut, g. s. sucht.

G. C. Haag, Melle i. Hann. 1600

Buchdruckmaschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigte) zum sofortigen Eintritt

g. s. sucht. Anträge an 1610

Wilhelm Eschenburg, Königl. Hofstieferamt, Züffel.

Messinglinienfabrikation.

Erprobte Arbeiter werden gefordert. 1542

G. Berthold A. G., Berlin SW 29.

Nach Wilhelmshaven

sucht Schriftzeher, in allen Särgen firm, zum

25. August Stellung. Öfferten erden an 1604

A. Woll, Kattowitz, Wilhelmstraße 9.

Georg Tylezynski

Wer ihn näher kennt, wird gleich

mit seinen Verlust aufzulösen betrauen. 1603

G. Howe, Berlin.

Georg Tylezynski

Wer ihn näher kennt, wird gleich

mit seinen Verlust aufzulösen betrauen. 1603

G. Howe, Berlin.

Klaus Riemann

aus Böhmisch, im Alter von 71 Jahren. 1602

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der Ortsverein Böhmisch. 1602

Adolf Roth

aus Heilbronn zu beklagen. Der für

den Vaterland Gefallene war seit kurze

Zeit von seiner Einberufung in Öliven zu

gern. Auch ihm werden wir ein ehrendes

Andenken bewahren. Der Bezirksverein Öliven.

Beschäftigungsart	Auf der Reise		Um Ort		Unterst. Tage insges.
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	4	20	47	396	416
Drucker	—	—	17	122	122
Stereopteure	—	—	3	12	12
Galvanoplastiker	—	—	—	—	—
Korrektoren	—	—	3	35	35
Schriftgießer	—	—	7	58	58
zusammen		4	20	77	643
im Juni 1916	11	89	381	4515	4604
weniger 1917	7	69	304	3892	3961

An Unterstützungen wurden gewährt:

Reiseunterstützung:	
an 2 Mitgl.	1,50 Mk. (r. Legit.)
2	1,50 „ (w. „)
für Porto	0,63 „
für Remunerationen an Reisekasseverwalter	0,40 „
zusammen	31,03 Mk.

Ortsunterstützung:

Ortsunterstützung:	
an 8 Mitgl.	61 Tage a 1,25 Mk. = 76,25 Mk.
52	385 " a 1,75 " = 673,75 "
17	177 " a 2, " = 354, "
	zusammen 1104, " Mk.

Insgesamt wurden im Monat Juni gezahlt:

1917: 1135,03 Mk. für 643 Tage
1916: 7023,80 " 4604 "
weniger 1917: 5888,77 Mk. für 3961 Tage

Gesamtausgabe im zweiten Quartal (April bis Juni):

1917: 3475,65 Mk. für 1951 Tage
1916: 13831,70 " 9158 "

weniger 1916: 10356,05 Mk. für 7207 Tage
(ohne die mit der Quartsabrechnung eventuell noch ein-
gehenden Nachträge).

Um 1. August verstarb in einem Lazarett infolge Kopftuberkulose unter lieber Kollege, der Schriftzeher 1602

Paul Tripke

aus Neihal.

Sein bleider Charakter sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Die Kollegen der Firma Gebr. Günthäub, Leipzig.

Um 2. August verstarb in einem rheinischen Lazarett unter lieber Kollege, der Schriftzeher 1608

Konrad Schöllner

aus Bayreuth.

Dem jungen Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahrt

Die Mitgliedschaft Bayreuth.

In diesem Weltkrieg haben wir den Verlust unseres langjährigen Mitglieds und lieben Kollegen, des Schriftzehers

Otto Brieske

aus Stettin, zu beklagen. 1601

Seine erste Tätigkeit im Vereinsleben und sein bleider Charakter sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.

Verein Stettiner Buchdrucker.

Am 2. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollege, der Invalide

Klaus Riemann

aus Böhmisch, im Alter von 71 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der Ortsverein Böhmisch.

1602

Der Bezirksverein Öliven.

1602

Der Bezirksverein Öliven.